Nr. 45a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
26. Januar 1902

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

13. Sitzung vom 25. Januar, 11 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Es folgt die dauernde Ausgabe. Titel 2 setzt für 751 Oberförster 5700 bis 5700 Mark) 3,149,600 Mark vor. Damit werden in der Berathung verbunden die Titel, die Stellenzulagen, Dienstaufwands- und Miethsentschädigungen vorsehen.

Berichterstatter Abg. **v. Pappenheim** schildert die unzulängliche äußere Lage der Oberförster. Man habe dieser durch Erhöhung des Gehaltes oder schnelleres Avancement abhelfen wollen. Die Budgetkommission halte diesen Mißstand für vorübergehend und sei der Regierung beigetreten, es beim Normaletat zu belassen.

Abg. **v. Hofmann** (natl.)

tritt für eine Aufbesserung der Oberförster und eine gerechte Vertheilung der Stellenzulagen ein, die heute mehr nach historischen Gründen vertheilt würden als nach Gründen der Billigkeit.

Abg. **Zorus** (natl.)

wünscht eine Aufbesserung der Pensionsverhältnisse der Oberförster und die Anrechnung des vollen Gehaltes dabei, insbesondere auch die Einrechnung des Dienstlandes u. s. w. Der Fiskus habe so reiche Einnahmen gehabt, daß seine Knickrigkeit nicht verständlich ist.

Geheimer Oberfinanzrath **Belian:**

Ich bitte dringend, an der vorläufig abgeschlossenen Gehaltsneuregelung nicht zu rütteln. Ich beklage ja das langsame Aufrücken der Forstassessoren, aber Jedermann weiß, daß diese Karriere überfüllt ist, und wer in sie eintritt, muß natürlich auch die Folgen tragen.

Abg. **Göschen** (natl.)

tritt gleichfalls für bessere Bemessung der Stellenzulagen ein. Bei den Förstern liege es ähnlich.

Die Titel werden bewilligt.

Titel 3 wirft für 3868 Revierförster und Förster (1200 bis 1800 Mark), Hegemeister und Zulagen u. s. w. im Ganzen 6,128,070 Mark aus.

Berichterstatter Abg. **v. Pappenheim** warnt Namens der Budgetkommission vor Aenderungen des Etats, namentlich des Normalbesoldungsetats.

Abg. **Kante** (Ztr.)

erkennt an, daß die Regierung für die Förster etwas gethan habe, wenn es auch nicht eben viel sei. Wie stehe es mit den Dienstaufwandsentschädigungen? Den Forstaufsehern möge man statt der Zulage Miethsentschädigungen gewähren, da der Wunsch nach Dienstwohnungen schwerlich erfüllt werden wird.

Oberlandesforstmeister **Wesener:**

Wünsche auf Aufbesserung der Forstschutzbeamten sind mir von allen Seiten zugegangen. Die Centralinstanz ist dankbar für das Interesse, das damit diesen pflichttreuen Beamten bewiesen wird. Eine Gehaltsänderung ist aber zur Zeit nicht angängig. Auch über die Regelung der Dienstaufwandsentschädigungen, die noch in der Schwebe ist, kann ich noch nichts mittheilen. Die Kategorie „Waldwärter" wollen wir mit der Zeit ausfallen lassen. Wir haben 192 Waldwärter, davon sind 94 königliche Forstaufseher. Den älteren Waldwärtern wollen wir den Titel „Förster" verleihen. (Beifall.)

Abg. **Hofmann** (natl.)

legt die traurige Lage der Förster im Regierungsbezirk Wiesbaden dar. Das Aufrücken müsse früher beginnen.

Oberlandesforstmeister **Wesener:**

Die Ancienneität beginnt bereits mit dem fünften Jahre nach Erhalten des Civilversorgungsscheines.

Abg. Freiherr **v. Wangenheim** (kons.):

Unsere Förster können ohne Dienstland gar nicht bestehen. Ich bitte aber, dieses thnen möglichst niedrig auf das Gehalt anzurechnen, damit sie auch auskommen. Der Wohnungsgeldzuschuß der Waldwärter muß erhöht werden.

Oberlandesforstmeister **Wesener:**

Der Vorredner irrt sich, das Wohnungsgeld der Waldwärter beträgt nicht 60, sondern 112 Mark.

Abg. **Werner** (Antis.)

fordert Ausgleich der Rugerechtigkeiten bei Gewährung von Dienstland.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Hofmann** (natl.) wird der Titel bewilligt.

Eine Reihe weiterer Titel wird ohne erhebliche Besprechung genehmigt.

Titel 21 fordert „zu Forstkulturen, zur Erziehung von Pflanzen zum Verkauf" 2c. 5,040,500 Mark.

Abg. **Lüders** (Gronau. natl.)

ersucht, den Gemeinden zu ihren Aufforstungen Pflanzen aus königlichen Baumschulen zu geben. Mit den privaten Baumschulen habe man schlechte Erfahrungen gemacht. Die todt daliegenden Gelder der Seehandlung könnten hier nützlich angewendet werden. Den kleinen Besitzern sollte Streu aus den Wäldern in diesem Jahre geschenkt werden.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen der Rest des Kapitels („Kosten der Verwaltung und des Betriebes").

Es folgt das Kapitel „Zu forstwirthschaftlichen und Lehrzwecken".

Abg. **Hennings** (freik.)

nennt es ungerecht, daß der Direktor der Forstakademie zu Eberswalde 800 Mark mehr als der zu Münden beziehe. Das Forstunterrichtswesen müsse erheblich verbessert, die Studienzeit auf sechs Semester erhöht werden.

Oberlandesforstmeister **Wesener**

erklärt, der Minister werde im Sommer eine Konferenz einberufen, die über eine Aenderung des forstlichen Unterrichtswesen berathen solle.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt Kapitel 4: „Allgemeine Ausgaben".

Abg. **Kreitling** (fr. Vp., schwer verständlich)

wünscht eine genauere Statistik über die Erkrankungen und Betriebsunfälle.

Das Kapitel wird genehmigt und damit der Rest des Ordinariums. Die vorliegenden Denkschriften werden durch Kenntnißnahme erledigt.

Es folgt das Extraordinarium.

Abg. **Werusdorff** (kons.)

ersucht um Erhöhung der Summen für Forstverbandlagen zwischen den Försterei en, wofür nur 100,000 Mark ausgeworfen seien. Bei Waldbränden seien die Förster sonst hilflos.

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr: Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung.

Schluß 4¼ Uhr.

Deutscher Reichstag

127. Sitzung vom 25. Januar, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesraths: Graf Posadowsky.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Geschäftsordnungkommission über die vom Landgerichte Nürnberg erbetene Genehmigung zur **Vernehmung des Abg. Conrad Haußmann**-Balingen (deutsche Vp.) als Zeuge. Die Geschäftsordnungskommission beantragt, die **Genehmigung zu versagen.**

Abg. **Rettich** (kons.)

stellt fest, daß die Minorität der Geschäftsordnungskommission gerade wie im Fall Gerdsdorff der Ansicht gewesen ist, eine derartige Frage müsse stets von Fall zu Fall erledigt, dürfe aber nicht prinzipiell entschieden werden. Die Genehmigung sei daher zu geben.

Abg. **Singer** (soz.)

spricht sich für den Kommissionsbeschluß aus.

Der Antrag der Kommission wird angenommen, die Genehmigung versagt.

Darauf wird die zweite Berathung des **Etats des Reichsamts des Inneren** fortgesetzt und zwar bei dem Titel **„Staatssekretär"** in Verbindung mit den dazu beantragten Resolutionen.

Abg. Dr. **Rösle**-Kaiserslautern (Bund d. Landw.):

Die Berathung über das Gehalt des Staatssekretärs machte stets den Eindruck eines Potpourris, sie bietet alles Mögliche; ich für meinen Theil möchte die Pastoralsymphonie vortragen. Vorher aber muß ich die Wünsche nach Ordnung der Arbeitsverhältnisse der im **Gastwirthsgewerbe Angestellten** unterstützen. Hier muß die Gesetzgebung endlich eingreifen. Ebenso dringend nöthig ist eine gesetzliche Beaufsichtigung der **großen Waarengeschäfte,** sie muß in die Wege geleitet werden, da auf diesem Gebiete eine viel zu weit gehende Rücksichtigung des Großkapitals zu bemerken ist. Nach eines anderen Ladenhüters muß ich gedenken, der **Fleischbeschau.** Im Fleischhandel wird das **Färben der Wurst** von einigen Sachverständigen als Nahrungsmittelfälschung verboten, von anderen dagegen nicht, vielmehr für nothwendig erklärt, damit die Wurst appetitlich aussehe. Was sollen die Fleischer nun machen? Hier müssen genaue Gesetzesbestimmungen erlassen werden, und die Regierung darf sich hierbei, wie bei den Fleischbeschaubestimmungen überhaupt, nicht auf gar zu ausgedehnte Erwägungen einlassen. Wir sind gegen die Zulassung der Färbung. Bezüglich der **Schweineeinfuhr** beabsichtigte die **sächsische Regierung** unverständlicherweise, die **österreichische Grenze wieder zu öffnen.** Während diese Regierung sonst im Bismarckschen Geiste zu handeln gewohnt war, scheint sie nun auch von dem allgemein verbreiteten modernen Bazillus befallen zu sein. Man schloß die Grenze wegen der Verseuchung des österreichischen Viehs, und sie soll geöffnet werden zu einer Zeit, wo diese Verseuchung nicht nur nicht geringer, sondern sogar noch schlimmer geworden ist; die Oesterreicher selbst lassen das ungarische Vieh nicht zu, und wir sollen es zulassen! Ein hochverdienter Gelehrter, Professor Wassermann, stellte mir in Aussicht, daß wir die Viehseuchen, die bei uns vorkommen, bald werden beseitigen können, aber die verschiedenen Seuchen sind eben ganz verschiedenartig; wird eine fremde Seuche eingeführt, so muß wieder ein spezielles Heilmittel dawider gefunden werden. Nun führt man als Grund für die Nothwendigkeit einer Grenzöffnung die **hohen Fleischpreise** an. Aber erstens sind die Preise nicht übermäßig hoch, zweitens sind sie in der ganzen Welt gleich hoch, die **Einführung fremder Schweine nützt also nichts,** und wenn die Preise wirklich etwas über normal sind, so muß das als Ausgleich gegen die früher und lange Zeit zu niedrigen Preise angesehen werden, und nach vieljähriger Erfahrung folgen hohen Preisen bald wieder niedere. Diesmal hat nur die **schlechte Maisernte** und die dadurch hervorgerufene Theuerniß die hohen Viehpreise hervorgerufen. Ein anderer Gegenstand, den ich berühren muß, ist die geplante **amerikanische Transportschiffahrtsvereinigung,** die bei Gelegenheit der Rede des Herrn Ballin nach Amerika in den Zeitungen erwähnt worden ist. Sie giebt Gelegenheit, die Regierung zu fragen, wie es mit der in Aussicht gestellten Beaufsichtigung der **Trusts** und **Syndikate** steht. Die Syndikate sind als Weiterbildungen der Genossenschaften von Hause aus günstig, aber man darf sie nicht zur Gemeinschädlichkeit auswachsen lassen. Ich sehe und mahle die Zukunft unserer Transportschiffahrt nicht zu schwarz, denn **Morgan** ist wohl ein kluger Kaufmann, aber ein **skrupelloser Mensch** in der Verfolgung seiner Ziele. Gegen seine Absichten einzuschreiten, haben wir keine Möglichkeit, wenn nicht die Regierung durch die Gesetzgebung die Möglichkeit schafft, uns dagegen zu wehren, daß Amerika **uns von den Meeren verdränge.** Ich frage den Reichskanzler, ob das **Heimath- oder Weltpolitik** sein soll? Herr Ballin hat den Tonnenumfang seiner Schiffe verzwanzigfacht in einer Zeit, in der sich die Transportmenge nur verfünffacht hat; das ist keine kluge Voraussicht mehr, das ist **Prunksucht.** Das Reich hat sein Interesse am Seeverkehr durch die Gewährung von Subventionen bewiesen; möge es erkennen, daß in dieser Monopolisirung des ganzen Transportverkehrs eine **schwere Gefahr** liegt, und bei Zeiten **geeignete Vorkehrung** dagegen treffen! (Beifall rechts.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter, Ministerialdirektor Dr. **Fischer:**

Aus **Konsumentenkreisen** war an die sächsische Regierung der Wunsch herangetreten, die österreichische Grenze für die **Einfuhr von Schweinen** zu öffnen mit Rücksicht auf den Schweinemangel. Die Regierung hat darauf die Veterinärrücksichten geprüft und ist zu der Ansicht gelangt, daß man unter Umständen dem Gedanken, die Einfuhr österreichischer Schweine zu gestatten, näher treten kann. Sie hat dies nicht ohne Weiteres gethan, sondern sich an den **Reichskanzler gewendet.** (Hört, hört!) In den letzten Tagen hat nun der Reichskanzler erklärt, daß **erhebliche veterinäre Bedenken** gegen die Wiedereröffnung der österreichischen Grenze vorhanden sind; und ich bin überzeugt, daß die sächsische Regierung diesem Urtheile sich nicht verschließen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Horn** (soz.):

Wir sind gegen eine Sperrung der Grenze, weil dadurch lediglich die Fleischpreise gesteigert werden. Die Sozialdemokraten ist **vollständig zum Stillstand gekommen,** weil die Regierung nicht gegen die Unternehmer vorgehen will. Das ergiebt sich auch daraus, daß man die Zinfhüttenverordnung noch nicht durchgeführt hat. Die Kinderarbeit dauert fort. Die Unternehmer machen noch immer, was sie wollen, sie leisten allen sozialen Forderungen Widerstand; das ist nicht nur bei uns so, sondern auch in anderen Ländern. Am schlimmsten steht es mit der Mißachtung der Gesetze in Bezug auf die Koalitionsfreiheit. In der Glasindustrie hat sich das besonders nach dem letzten Glasarbeiterstreik gezeigt. Die Arbeiter wurden nur wieder angenommen, wenn sie einen Revers unterschrieben, durch den sie sich „keinem Verband beizutreten verpflichteten, keine Versammlung zu besuchen oder sonstwie gegen die Interessen der Fabrik zu wirken," andernfalls sollten die Arbeiter ohne Kündigung entlassen werden können. Nach einem früheren Ausspruch des Kaisers müßten diese Unternehmer alle **ins Zuchthaus kommen.** Während des Streiks hat man ausländische Arbeiter ohne Pasße unter militärischem Schutz in die Fabriken gebracht.

Bayerischer Bundesrathsbevollmächtigter, Ministerialdirktor

v. Herrmann:

Der Vorredner hat gefragt, ob der **Glasarbeiterverband** als politischer Verein behandelt werden dürfe. Hätte sich der Verband auf die in seinem Statut aufgeführten Aufgaben beschränkt, so würde er nicht aufgelöst worden sein. Der Verband hat das aber nicht gethan, sondern seine Thätigkeit auf das politische Gebiet ausgedehnt. Im Uebrigen hätte der Verband sich bei der administrativen Entscheidung nicht zu beruhigen brauchen, sondern richterliche Entscheidung anrufen können.

Sächsischer Bundesrathsbevollmächtigter Geheimrath **Fischer:**

Der Vorredner hat von einem Fall gesprochen, den der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte erwähnt habe. Das ist nicht geschehen. Er hat offenbar **den Abg. Oertel mit dem sächsischen Bevollmächtigten verwechselt.** (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. **v. Heyl** (natl.):

Das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beeinträchtigen, halte ich für durchaus verwerflich. Ebenso bedenklich aber ist es, wenn **von den Gewerkschaften ein Druck ausgeübt** wird. Das ist zum Beispiel geschehen bei den Akkordarbeitern in Hamburg. Dort sind, so weit sich feststellen läßt, die Arbeiter gezwungen worden, aus der Partei auszutreten. So etwas haben Unternehmer noch nicht gethan.

Es kann keine Rede davon sein, daß die Krisis durch die **kapitalistische Produktion** entstanden sei; denn von einer Krisis ist weder in Frankreich, noch in England oder Oesterreich die Rede. Nur in Belgien ist auch eine Krisis vorhanden, weil dort die Glasindustrie zu stark durch Streiks und Chikanen beeinträchtigt ist, daß die Glasbläsereibesitzer jetzt beabsichtigen, ihre Fabriken an die Amerikaner zu verkaufen. Die rücksichtslosen Amerikaner können eben mit solchen Chikanen besser fertig werden als die Belgier mit ihren humanen Bestrebungen. Schon die Beschränkung der **Kinderarbeit** in Gewerbebetrieben entkräftet die Angriffe, daß das Reichsamt des Inneren auf sozialpolitischem Gebiet nicht genug gethan habe. In Frankreich hat nicht einmal der Minister Millerand auf diesem Gebiet etwas gethan, während bei uns energische Schritte gegen die Kinderarbeit gethan sind. Die Sonneberger Handelskammer hat dankenswerthermeise noch weiter gehende Beschränkungen der Kinderarbeit vorgeschlagen. Da einzelne gewissenlose Arbeitgeber die Beaufsichtigung der gewerblichen Kinderarbeit dadurch umgehen wollen, daß sie die Kinderarbeit als Heimarbeit einführen, muß auch die **Heimarbeit** dem gesetzlichen Schutz unterstellt werden, besonders auch in der Tabakindustrie. Die Vorlage betreffend den Schutz der Kinderarbeit wird nothwendigerweise auch die längst ersehnte Definition des Werkstättenbetriebes bringen; hoffentlich wird als Werkstätte jeder Raum bezeichnet werden, in dem gewerbliche Arbeit betrieben wird, auch wenn dieser Raum nebenbei zum Wohnen oder Kochen benutzt wird. Die Verhältnisse der Fabrikarbeiter haben, mit Ausnahme der Frauenarbeit, jeden von den Sozialdemokraten gewünschten Schutz gefunden. Anders ist es mit der Heimarbeit. Meine politischen Freunde wünschen die Einführung der Sonntagsruhe auch für die **Konfektion,** und bei Berathung des Gesetzes über die Kinderarbeit werden wir auch hier die Durchführung der Sonntagsruhe und die Regelung der Ueberstunden beantragen. Ich frage den Minister, ob die im Jahre 1899 beschlossene Anwendung des Krankenkassengesetzes auf die Konfektionsindustrie jetzt durchzuführen nicht an der Zeit ist. Eine Denkschrift der Schneider und Schneiderinnen trägt dem Bundesrath die Wünsche dieser Gewerbetreibenden vor; ich habe daraus zu meinem Bedauern entnommen, daß die von den Nationalliberalen in Bezug hierauf vorgebrachten Forderungen noch nicht erfüllt sind. Im Arbeitsbetriebe der **Kellner** sind ja schon Verbesserungen vorgeschrieben, aber es müssen noch weiter gehende Ruhepausen — die Kommission für Arbeiterstatistik hat sie gefordert — eingeführt werden; ich persönlich wünschte statt der dort vorgesehenen achtstündigen Ruhepause eine neunstündige. In Zürich ist den Kellnerinnen jede geschäftliche Thätigkeit nach 12 Uhr Nachts verboten, hoffentlich erringen auch wir das bald. Ich komme noch kurz zur Frauenfrage. Ein großer Theil meiner Freunde steht auf dem Standpunkt des Antrages Bassermann. Ich habe Bedenken gegen den Antrag, ich glaube, daß durch den Antrag das Mißverständniß hervorgerufen wird, als wolle man die Frauen in das politische Leben einführen. Die Sozialdemokratie hat offenbar mit den Frauen schlechte Erfahrungen gemacht, denn Herr Auer meinte auf dem Mainzer Parteitag: die Frauen sind griesgrämig, sie machen uns das Leben sauer. (Heiterkeit.) Ich persönlich bin der Ansicht, daß eine andere Regelung des Normalarbeitstages für gewerbliche Arbeiterinnen erforderlich ist. (Beifall.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Von einem der Vorredner ist mir ein Vorwurf daraus gemacht, daß der Bundesrath die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den **unlauteren Wettbewerb** noch nicht erlassen hat, und dieser Redner sagte dann die Worte hinzu: Mehr Dampf beim Bundesrath! Ich würde nie, wenn sich die Behandlung eines Gesetzes durch den Reichstag verzögert, dem Reichstag zurufen: Mehr Dampf beim Reichstag! Denn ich würde immer annehmen, daß es sachliche Schwierigkeiten sind, die eine schnellere Förderung der Arbeit nicht zulassen. Wenn die Herren die Studien über das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb machten, die wir machen mußten, dann würden sie sehen, wie schwer es ist, Verordnungen zu erlassen, die das Gewerbe nicht schwer schädigen. Der Abg. Rösicke-Dessau hat uns ja schon gestern auf einige Schwierigkeiten aufmerksam gemacht. Man hat sehr bedauert, daß die betrügerischen Ausverkäufe noch weiter bestehen; ich will Ihnen aber ein Beispiel dafür angeben, wie schwierig es ist, solche Dinge zu fassen, ein Erlebniß während der Weihnachtseinkäufe. Ich habe hier in Berlin zwei große Schaufenster eines Geschäftes gesehen, in einem war ein Plakat mit riesengroßen Buchstaben angeklebt: „Heute wegen Weihnachten besonders billige Preise!" Auf dem anderen stand: „Heute ganz besonders billige Preise!" Das ist also dasselbe, als wenn man durch die Anzeige eines Ausverkaufes wegen Konkurs, Todesfalles oder dergleichen thörichte Leute verleitet, zu glauben, daß hier ein besonders billiger Einkauf zu machen ist. Aber wie wollen Sie den Kaufmann hindern, zu sagen: Heute besonders billige Preise? Wie soll man den Gegenbeweis liefern, wenn man nicht das ganze gewerbliche Leben unter scharfe polizeiliche Kontrole stellen will? Die Schwierigkeit liegt eben darin, knappe juristische Kennzeichen zu finden, ohne das gewerbliche Leben zu stören. Wir werden die Frage weiter studiren.

Es sind dann auf Grund einer Zeitungsnotiz über Verhandlungen, die die Direktionen der **Hamburg-Amerika-Linie** und des **Norddeutschen Lloyd** in Amerika führen, gegen diese Linien hier heftige Angriffe gerichtet. Ich weiß von diesen Verhandlungen nichts. Die Zeitungsnotiz habe ich auch gelesen, aber ich möchte daraus hinweisen, daß nur der Norddeutsche Lloyd vom deutschen Reiche subventionirt wird. Die Hamburg-Amerika-Linie ist nur Nebentheilnehmer, und zwar für die Ostasiatische Linie. Die Linien, die wir subventioniren, nach Ostasien, Australien, nun Afrika herum, haben feste Kontrakte, und in diesen steht ausdrücklich, daß gewisse landwirthschaftliche Erzeugnisse fremder Staaten, die mit den Produkten unserer Landwirthschaft konkurriren, nicht in den subventionirten Schiffen transportirt werden dürfen. Die Hamburg-Amerika-Linie bezieht für ihre Verbindung mit Amerika keinen Reichszuschuß, ich kann also dabei nichts thun, als darauf halten, daß unsere Kontrakte gewissenhaft ausgeführt werden; eine Einwirkung auf den Frachtverkehr einer nicht subventionirten Linie ist nicht möglich. Der Gedanke ist angeregt, wir müßten den **Frachtverkehr verstaatlichen.** Ja, man kann ja schließlich alles verstaatlichen, auch den Frachtverkehr, es fragt sich aber, ob man damit den Zweck erreicht. Wir können doch nicht den Frachtverkehr anderer Staaten verstaatlichen, und wie Sie sehen, macht Amerika die allergrößten Anstrengungen, sich einen eigenen Frachtverkehr zu schaffen.

Der Abg. Dr. Rösicke hat beklagt, daß das **Reichsfleischbeschaugesetz** noch nicht ausgeführt sei. Die sächsische Regierung, die er zu meiner Freude so sehr gelobt hat, hat zur Ausführung des sächsischen Fleischbeschaugesetzes volle zwei Jahre gebraucht. Die Sache ist viel schwieriger, als Sie denken. Sie liegt auf chemischem Gebiet: sehr eingehende Studien sind erforderlich, welche Zusätze, welche Surrogate, welche Färbmittel erlaubt werden sollen; sie liegt auf zolltechnischem Gebiete: an welchen Stellen der Fleischverkehr des deutschen Reiches stattfindet. Die sehr umfangreichen Verordnungen unterliegen zur Zeit der Berathung im Bundesrath, und wenn sie beschlossen sind, ist alles geschehen, um das Fleischbeschaugesetz ins Leben und die Praxis einzuführen. Gegenüber der wiederholten Bemerkung von sozialdemokratischer Seite, daß bei uns auf sozialpolitischem Gebiete nichts geschehen sei, weise ich darauf hin, daß die beiden großen Versicherungsgesetze, wenn sie infolge der neuen Novellen in voller Wirkung sind, den Arbeitgebern eine jährliche Last von fast 10 Millionen auferlegen. Das ist immerhin keine kleine Leistung für die Unternehmer. Die fakultative Einführung der Leichenbestattung durch Feuer halte